

Keine



## Niederschrift

51. Plenarsitzung des Gemeinderates  
27. Juni 2023, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

23.

**Punkt 23 der Tagesordnung: Deutschland-Ticket als Job-Ticket für die Beschäftigten der Stadt Karlsruhe "Warum kann Karlsruhe nicht, was Stuttgart kann?"**

**Antrag: DIE LINKE.**

**Vorlage: 2023/0550**

## Beschluss:

Kenntnisnahme

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Es geht uns um die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Stadt Karlsruhe, und ich denke, kein anderer Grund war es auch für Stuttgart, bei ihren Beschäftigten mit diesem, jetzt sage ich mal, Instrument umzugehen, vorzugehen, um tatsächlich kommunale Beschäftigung attraktiver und interessanter zu machen. Klar ist natürlich der ökologische Anspruch dabei, völlig klar, aber in allererster Linie geht es mir darum, wie kriegen wir mehr Interesse für die unbesetzten Stellen in der Stadtverwaltung, um sie zu besetzen, um Fluktuationen zu reduzieren in bestimmten Bereichen, um Abläufe schneller werden zu lassen, um Investitionsstaus abzarbeiten und natürlich im ganzen großen sozialen Bereich, wie kriegen wir das Interesse von Menschen für diese Aufgaben, die durchaus interessant sind, aber wenn ich halt in der freien Wirtschaft deutlich mehr verdiene oder einfach noch interessantere Rahmenbedingungen habe, dann entscheide ich mich im Zweifel halt doch für die freie Wirtschaft. Von daher ist für mich die Frage, wie können wir die Arbeitsplätze in der Stadt Karlsruhe aufwerten, interessanter machen für Menschen von außen, sich hier in der Stadtverwaltung zu bewerben und einen Arbeitsplatz zu besetzen, nicht bloß zu besetzen, sondern zu beackern, und da gehört für mich dieses Jobticket dazu. Ich gehe davon aus, dass das wirklich einen großen Anreiz bietet. Das kann das Problem nicht alleine lösen. Darüber sind wir uns auch klar. Wir werden uns noch viel mehr Gedanken machen müssen, wie wir die Arbeitsplätze in der kommunalen Verwaltung noch ein bisschen attraktiver gestalten und mehr Interesse auch bei jungen Menschen

erzeugen. Wir wissen alle, wie viele Beschäftigte der Verwaltung im Laufe der nächsten Jahre in Rente gehen werden, und wir müssen irgendwie gucken, wie wir den Nachwuchs herkriegten. Da ist für mich tatsächlich so ein Instrument wie das Jobticket ein sehr wichtiges, ein sehr zugkräftiges, weil viele jungen Menschen heute sowieso auf das Auto verzichten und für die das tatsächlich eine Aufwertung ist für diese Tätigkeit. Ja, wie gesagt, das ist nur ein Element von vielen. Wir werden uns noch viele Gedanken machen müssen, aber es würde mich freuen, wenn wir hier einen Schritt weiter kämen, und von daher betrachte ich es natürlich als schade, wenn die Stadtverwaltung das nicht mit tragen kann oder könnte.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE):** Nicht alles, was glänzt, ist Gold. Nicht alles, was in Stuttgart passiert, ist auch gut, und nicht alles, was gut ist, muss auch kostenlos sein, liebe Linke. Man kann ja mittlerweile fast die Uhr danach stellen, es gibt irgendwo ein gutes Angebot, und dann kann man ganz fest damit rechnen, dass von den Linken der Antrag kommt, das soll bitte auch kostenlos sein, aber dieses Gießkannenprinzip, wo ja gar nicht mehr darüber nachgedacht wird, wo wir das Geld am sinnvollsten einsetzen und wo es am meisten Wirkung entfalten kann, das können wir uns nicht leisten, und das wollen wir uns auch gar nicht leisten. Das Deutschland-Jobticket kostet für Beschäftigte bei der Stadt am Ende knapp 75 Cent am Tag, und damit kann man dann den Nahverkehr in ganz Deutschland nutzen. Ich glaube, das ist wirklich ein faires und ein gutes Angebot, und das zeigt ja auch die gestiegene Nachfrage nach diesem Ticket. Wir stehen da an der Stelle ganz eindeutig hinter der Haltung der Verwaltung, vielen Dank.

**Stadtrat Lamprecht (CDU):** Es ist sicher richtig, dass die Stadt sich als attraktiver Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt positionieren muss. Daher gibt es auch gerade in diesem Bereich schon einen Zuschuss. Dieser wurde zuletzt auch auf 24 € pro Monat erhöht. Jedoch sind wir der Meinung, dass man mit dem Einfachen, etwas kostenlos machen, nicht deutliche Anreize schaffen kann. Es besteht die Gefahr, dass bei der kompletten Übernahme des Deutschland-Tickets alle Mitarbeiter das Jobticket beantragen, jedoch nicht mehr Mitarbeiter die öffentlichen Verkehrsmittel wirklich nutzen. Es ist leider auch nicht absehbar, wie lange das Ticket zu dem Preis angeboten wird und welche zukünftigen Belastungen dadurch auf die Stadt zukommen können. Gerade mit Blick auf die jetzige Haushaltslage sehen wir die Mehraufwendung von rund drei Millionen im Jahr als nicht tragbar und zielführend. Daher lehnen wir als CDU-Fraktion den Antrag ab.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Liebe Karin, grundsätzlich sind wir tatsächlich auch dafür, dass die Attraktivität als Arbeitgeberin im Blick behalten wird. Deswegen hat ja auch die SPD letztes Jahr den Antrag gestellt, wie das Jobticket attraktiv gestaltet werden soll. Daraufhin haben wir ja auch von der Verwaltung tatsächlich eine ausführliche Antwort bekommen, dass mit dem Gesamtpersonalrat Maßnahmen überlegt werden, wie man diese Attraktivität eben steigern kann. Man hat sich auf zwölf Maßnahmen geeinigt, mit unter anderem auch als Priorität, dass man das Jobticket weiterentwickelt. Wir sind tatsächlich auch dafür, dass man die Bezuschussung weiterhin behält und nicht reduziert, und wir sind auch dafür, dass wir sukzessive Erhöhungen der Zuschusshöhe weiterhin verfolgen, aber das Ganze als Nulltarif sehen wir in Anbetracht der finanziellen Lage aktuell nicht für sinnvoll und auch nicht zielführend. Deshalb werden wir diesen Antrag so nicht mittragen können. Generell sind wir für Bezuschussungen, um diese Attraktivität eben weiterhin beizubehalten und auch Menschen zu gewinnen, die unsere Verwaltung handlungsfähig weiterhin tragen können, aber so leider nicht.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Wir können heute auch diesem Antrag so nicht zustimmen. Wir haben uns einmal in einem begrenzten Umfang ein bisschen umgehört in der Belegschaft draußen hier in der Stadt und haben an sich nur positive Rückmeldungen bekommen, wie der Status quo ist, und ich denke, das nehmen wir jetzt mal als Grundlage unserer Entscheidung und werden darum auch dem Antrag nicht zustimmen können.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Ich hatte mich bereits beim TOP 14 zu den geplanten Maßnahmen im Rahmen der Haushaltssicherung geäußert. Es ist im Moment eine höchst angespannte Finanzlage, und wir stehen dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber. Anders als es in der Stellungnahme der Verwaltung ausgeführt wird, halten wir eigentlich ein kostenfreies Ticket für hilfreich und gerade auch unter dem Umweltaspekt. In der derzeitigen Situation sind wir uns einig, das ist nicht machbar. Wir würden also nach innen sozusagen Bonbons verteilen und nach außen Gebühren anheben und Services einschränken. Ich glaube, da sind uns, auch die Vorredner, einig. Das Angebot zum Deutschland-Ticket Job ist, finde ich, fair und für die Mitarbeitenden in der Verwaltung nach dem monatlichen Zuschuss, denke ich, auch erschwinglich. Wenn das Erfolgsmodell Deutschland-Ticket bleibt und, sagen wir mal, die Jahre in der nächsten Zeit finanziell wieder etwas stärker sind, dann kann man mal über eine Kostenübernahme sprechen, aber heute werden wir den Antrag ablehnen. Vielen Dank.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Liebe Linke, warum kann Karlsruhe nicht, was Stuttgart kann? Also das könnte ich fast schon ein bisschen salopp oder böse fragen. Warum kann die Linke nicht, was die AfD kann? Aber ich unterlasse es, also ich frage es nicht. Zu Ihrem Antrag, natürlich ist es wünschenswert und im Anbetracht von der Haushaltssituation ganz ehrlich, drei Millionen, ich glaube selber nicht, dass es die Mitarbeitenden im Rathaus wirklich wollten, dass wir ihnen jetzt hier noch mal drei Millionen oben drauf sammeln, während wir vorher überall die Spar- und Kürzungsrunden haben und auch in der Bevölkerung viele Leute tiefer in die Tasche greifen. Daher werden wir den Antrag ablehnen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ja, es ist jetzt schon so vieles Wahres gesagt worden zu dem Null-Euro-Ticket letztendlich für die städtischen Angestellten. Was Herr Lamprecht gesagt hat, da kann ich voll mitgehen. Ich hätte mir von den Antragstellern ja gewünscht, nachdem sie dann erfahren haben von der Stadt in der Stellungnahme, dass das drei Millionen kostet, wo die denn herkommen sollen, aber da war natürlich nichts zu erwarten. Grundsätzlich, Frau Böringer, Sie haben das 49-Euro-Ticket jetzt so gelobt. Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen, denn es ist nicht mal ansatzweise kostendeckend für die Verkehrsverbünde. Das sind die Zeitkarten, die es jetzt ersetzt, aber dort bereits heute nicht. Und für dieses Jahr kommt der Bund noch voll für die Mindereinnahmen auf, aber schon nächstes Jahr wird es eng, denn vielfach werden die Verbünde ihre Angebote aufstocken müssen, denn eines macht das 49-Euro-Ticket ganz bestimmt, es erzeugt jede Menge zusätzlichen Verkehr, gerade im Freizeit- und Ausflugsverkehr, und das insbesondere in Regionen, die eher einwohnerschwach sind, dafür aber einen hohen Freizeitwert besitzen. Und die schauen bei der Verteilung der Zuschüsse des Bundes nach Wohnort der 49-Euro-Ticket-Käufer dann ziemlich alt aus. Woher sollen die denn auch die Mittel nehmen für die in Ihrem Gebiet nötigen Zusatzverkehre. Praktisch alle Verkehrsexperten lehnen das 49-Euro-Ticket ab. Für einen signifikanten Umstieg der Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel muss deren Angebot besser werden, und das wusste schon Dieter Ludwig und handelte konsequent danach und realisierte rasante Fahrgastzuwächse damals in den 90ern, und das bei

insgesamt gleichbleibendem Defizit, das heißt sinkendem Zuschussbedarf je verkauftem Ticket. Mit dem 49-Euro-Ticket bewirken Sie das Gegenteil. Steigender Zuschussbedarf bewirkt, dass für Streckenausbauten und Taktverdichtungen einfach das Geld fehlt, weil wir Bus- und Bahnfahrten perversus in den Keller subventionieren. Dauerhaft führt so etwas zur volkswirtschaftlichen Fehlallokationen, wie einst die massive Subvention der Brotpreise in der DDR auf ein Niveau, das dazu führte, das Brot als Viehfutter zu verwenden. Nein, mit der AfD gibt es keine Zustimmung zu solchen Plänen, danke.

**Stadträtin Fenrich (pl):** So sehr ich die Arbeit der Beschäftigten der Stadtverwaltung schätze, meine Frage an die Kollegin Binder, wo wollen Sie die hier erforderlichen drei Millionen Euro für das beantragte Ticket in Ihrem Antrag an anderer Stelle einsparen? Danke.

**Der Vorsitzende:** Ja, vielen Dank, ich würde gerne aus meiner Sicht noch einmal einen Satz dazu sagen. Selbst wenn ich die drei Millionen oder wir die drei Millionen locker hätten, würde ich Ihnen dringend davon abraten, dieses Ticket auf null zu setzen, weil es würde jeder mitnehmen. Wir müssten für alle die 49 Euro zahlen, und es wäre überhaupt kein Anreiz da, es überhaupt zu benutzen. Das heißt, es wäre vielleicht nach außen attraktiv, aber wir hätten null Effekt wirklich auf einen Anreiz zu einem Nachdenken über Mobilität. Schon das 49-Euro-Ticket ist ja für unsere Mitarbeitenden teilweise ein Riesengewinn, weil vorher haben Monatskarten 70 oder 80 Euro gekostet, je nachdem, in welcher Zone man unterwegs war, und jetzt subventionieren wir es noch weiter runter auf 22,50 Euro, wo ich sage, selbst das hätte man mal kritisch hinterfragen müssen, ob das unbedingt sein muss oder ob wir nicht dann das Jobticket zuschussreduzieren und mit dem Geld lieber an einer anderen Stelle ansetzen. Wenn ich jedenfalls drei Millionen hätte, und das ist mein zweites Argument, und würde auf den Gesamtpersonalrat zugehen und sagen, was wünscht ihr euch denn, um den Arbeitgeber attraktiver zu machen, bin ich mir relativ sicher, dass es da zwei, drei andere Vorschläge gäbe, bevor sie dazu kämen, das Jobticket noch weiter günstiger zu machen. Diese Schleife hätten wir dann drehen sollen, denn die wissen es ja am Ende am besten, warum vielleicht die Stadt Karlsruhe für manche Gruppen nicht so attraktiv ist wie vielleicht andere Städte. Die Stadt Stuttgart, es gibt wohl so mittelgroße Städte, die das auch erwägen, einzuführen, aber zumindest mal unter den Großstädten habe ich den Eindruck, ist die Stadt Stuttgart mit dem relativ alleine, mit dieser völligen Übernahme. Die haben allerdings in bestimmten Berufsbereichen auch noch mal ganz andere Schwierigkeiten, entsprechende Bewerberinnen und Bewerber zu finden, was mit den hohen Lebenshaltungskosten auch in Stuttgart zu tun hat, die doch noch ein Tickchen höher sind, als das hier bei uns so ist.

Insofern vielen Dank für die Unterstützung für unsere Position. Jetzt ist die Frage, ob wir den Antrag zur Abstimmung stellen sollten. (*Stadträtin Binder schüttelt den Kopf*). Okay, Frau Binder, alles klar.

Also damit sind wir am Ende dessen, was wir hier heute beraten. Wir gehen weiter durch die Tagesordnung durch.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
14. Juli 2023